

Indikatoren

- 1** Wiener Landes-, Gemeinde- und Bezirkspolitik
- 2** Wahlvorschläge politischer Parteien
- 3** Gremien der Gemeinde Wien
- 4** Gesetzliche Interessensvertretungen
- 5** ArbeitnehmerInnenvertretung
- 6** Schulische und berufliche Jugendvertretung
- 7** Politisches Engagement



Politische Partizipation

Einleitung

¹ In Bezug auf die politische Partizipation von Frauen in Wien ist jedoch vorab zu definieren, wer überhaupt stimmberechtigt ist: Von den 769.723 (Stand 1.1.2011) in Wien gemeldeten über 16jährigen Frauen waren 613.543 Frauen (das sind 80%) zu der Gemeinderatswahl im Oktober 2010 wahlberechtigt, d.h., dass jede 5. Wienerinnen bzw. in Wien gemeldete Frau über 16 Jahren nicht an den Gemeinderats- und/oder Bezirksvertretungswahlen teilnehmen konnte.“

Mit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Frauen im Jahr 1918 erhielten Frauen das aktive und passive Wahlrecht und wurde die Voraussetzungen für die Verankerung gleichstellungsorientierter und emanzipatorischer Inhalte in politischen Prozessen gelegt. In Hinblick auf die Wahlbeteiligung zeigen sich keine geschlechtsspezifischen Unterschiede: Frauen und Männer nehmen in gleichem Maße ihr aktives Wahlrecht in Anspruch.¹ Allerdings lässt sich ein geschlechtsspezifisches Wahlverhalten feststellen, das sich im Zeitverlauf leicht verändert hat: In den 1990er Jahren haben Frauen verstärkt Mitte-links-Parteien gewählt, während Männer stärker zu Mitte-rechts-Parteien tendierten (vgl. Hofinger/Ogris 1996). Auch bei der Nationalratswahl 2013 zeigte sich ein Gender Gap im Wahlverhalten: Frauen wählten verstärkt SPÖ und ÖVP, während die FPÖ und das Team Stronach überwiegend von Männern gewählt wurde. Die Grünen und die NEOS wurden von Frauen und Männern gleichermaßen gewählt (vgl. SORA/ISA 2013).

Ein deutlicher Geschlechterunterschied besteht jedoch nach wie vor bei der Partizipation von Frauen in politischen Funktionen, auch wenn sich diese in den letzten Jahren und Jahrzehnten verbessert hat (vgl. Geisberger 2010). Frauen sind aber nach wie vor in Spitzenpositionen von Parteien, Regierungen und Interessensvertretungen unterrepräsentiert. Das bedeutet, dass zu wenige Frauen in politischen Entscheidungsprozessen partizipieren und damit ihre Interessen und Bedürfnisse nicht ausreichend berücksichtigt werden. Politisches Engagement findet nicht nur im Rahmen etablierter Formen statt, wie z.B. in Parteien oder in gewählten Funktionen, sondern auch in der Mitarbeit in NGOs, Sozialen Bewegungen, BürgerInneninitiativen oder BürgerInnenbeteiligungsverfahren. Derzeit liegen keine Studien für Österreich vor, die sich umfassend mit Geschlechterunterschieden in diesem Kontext auseinandersetzen. Es gibt aber Hinweise darauf, dass sich in diesen Formen politischer Partizipation tendenziell eher höher gebildete Personen einbringen bzw. Personen mit geringeren persönlichen Ressourcen schwerer motiviert werden können (vgl. Hammer 2013).

In der politikwissenschaftlichen Diskussion wird in den letzten Jahren neben der Partizipation von Frauen verstärkt die Gleichstellungsorientierung von Entscheidungsprozessen im Sinne des „Gender Mainstreamings“ diskutiert. Konkret geht es dabei um die Frage, inwieweit Entscheidungskriterien und Entscheidungsprozesse so gestaltet sind, dass die Lebensrealitäten und Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen von Frauen und Männern gleichermaßen berücksichtigt werden (vgl. Holzleithner 2002; Steining 2000). Große Hoffnungen werden diesbezüglich mit Quotenregelungen verknüpft, da implizit davon ausgegangen wird, dass sich mit der Partizipation von Frauen in Entscheidungsprozessen auch deren Qualität und inhaltliche Ausrichtung verändert. Studien zur Einführung der Quotenregelungen in Norwegen und Schweden zeigen jedoch, dass von einem solchen Automatismus nicht ausgegangen werden kann. Guldvik (2008: 108) schlussfolgert, dass die formale Quotenregelung eine notwendige Bedingung für die Veränderung der Geschlechterungleichgewichtung in der Politik ist, aber nicht ausreicht, um diese tatsächlich zu verändern.

Folgende gleichstellungspolitisch relevanten Handlungsfelder und Gleichstellungsziele wurden daher für das Thema Politische Partizipation definiert:

- . **Die Erhöhung der Partizipation von Frauen in der Wiener Landes-, Gemeinde- und Bezirks-politik.**
- . **Die Erhöhung der Partizipation von Frauen in institutionellen Interessensvertretungen.**
- . **Die Berücksichtigung einer Gender-Perspektive bzw. von Gender-Kriterien in politischen Entscheidungsprozessen.**

Die im Gleichstellungsmonitor enthaltenen Indikatoren spiegeln das breite Verständnis von politischer Partizipation wider, da neben der Partizipation von **Frauen in Funktionen der Landes-, Gemeinde- und Bezirkspolitik (Indikator 1)** und in den zugrunde liegenden **Wahlvor-schlägen (Indikator 2)** auch die Segregation in der Politik mit dem **Indikator 3** Partizipation von **Frauen in Gremien der Gemeinde Wien** nach inhaltlichem Schwerpunkt thematisiert werden und ein breites Set an institutionellen Interessensvertretungen einbezogen wird. Kon-kret werden die Partizipation von **Frauen in gesetzlichen Interessensvertretungen (Indikator 4)**, die **Partizipation von Frauen in der ArbeitnehmerInnenvertretung (Indikator 5)** sowie die Partizipation von **Frauen in schulischen und beruflichen Jugendvertretungen (Indikator 6)** dargestellt. Der **Indikator 7 Politisches Engagement** berücksichtigt auch die Partizipation in direkt demokratischen Beteiligungsformen (BürgerInneninitiativen, BürgerInnenbeteiligungen) und das Engagement in NGOs.

Die Indikatoren 1 bis 3 basieren auf \nearrow Verwaltungsdaten der Gemeinde Wien (MA 62 – Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten). Die zentrale Bezugsgröße für die Interpretation des Frauenanteils bildet der Frauenanteil in der Wiener Wohnbevölkerung. Die Indikatoren 4 bis 6 wurden anhand von Informationen der jeweiligen Interessensvertretungen berechnet, die für den Monitor gesondert zur Verfügung gestellt wurden oder über die jeweiligen Websites zugänglich sind. Hier ist die zentrale Bezugsgröße für die Repräsentanz von Frauen in Lei-tungsfunktionen der Frauenanteil unter Mitgliedern der jeweiligen Interessensvertretung (vgl. Blaschke 2011). Für den Indikator 7 wurde auf Ergebnisse der Grundlagenforschung (SOWI II) zurückgegriffen.

Mit diesen Indikatoren ist vor allem die Partizipation von Frauen in etablierten Formen politischen Engagements anhand von Verwaltungsdaten bzw. Informationen der jeweiligen Institutionen gut abbildbar. Keine vergleichbar umfassenden Informationen liegen jedoch zum Engagement von Frauen in NGOs, BürgerInneninitiativen und BürgerInnenbeteiligungsprozes-sen vor, weshalb auf Befragungsdaten zurückgegriffen wird. Mangels verfügbarer Daten kann derzeit nicht auf die Berücksichtigung von Gleichstellungskriterien in Entscheidungsprozessen und auf die Gender-Kompetenz von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern eingegangen werden.

Indikator

1

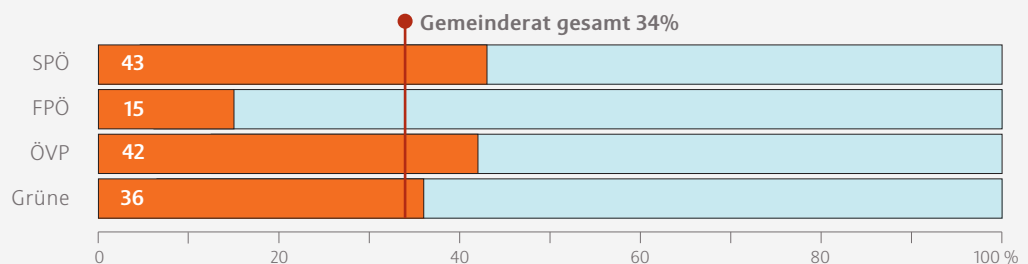
Wiener Landes-, Gemeinde- und Bezirkspolitik

Der Indikator 1 bildet den Frauenanteil unter gewählten VertreterInnen auf Landes-, Gemeinde- und Bezirksebene ab. Ein Drittel der Mitglieder des Gemeinderats/Landtags sind Frauen. Damit sind Frauen gegenüber ihrem Anteil an der zu repräsentierenden Wohnbevölkerung (52%) deutlich unterrepräsentiert. Im Vergleich zwischen den Parteien zeigen sich Unterschiede zwischen SPÖ, ÖVP und Grünen auf der einen Seite und der FPÖ mit nur 15% auf der anderen Seite. Bei SPÖ und ÖVP liegt der Frauenanteil bei der durch die Quotenregelung vorgegebenen Zielvorgabe bzw. darüber (SPÖ: Quote 40%, ÖVP: 33%). Bei den Grünen liegt der Frauenanteil unter Gemeinderatsmitgliedern mit 36% deutlich unter den angestrebten 50%.

Amtsführende StadträtInnen sind zum einen eigene Organe der Gemeinde (§ 8 Wiener Stadtverfassung), aber auch Mitglieder des Stadtsenates und Teil des Magistrats. Sie leiten im Rahmen des Magistrats die ihnen jeweils zugeordnete Geschäftsgruppe. Derzeit gibt es acht amtsführende StadträtInnen, die an der Spitze der acht Geschäftsgruppen des Magistrats stehen, darunter sind fünf Frauen. In dieser Funktion sind sie für die Geschäftsführung des Magistrats im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister sowie dem Gemeinderat verantwortlich. Die Oppositionsparteien stellen weitere vier nicht amtsführende Mitglieder des Stadtrats (drei Männer und eine Frau). Insgesamt liegt der Frauenanteil im Stadtsenat (inkl. Bürgermeister) bei 46%.

Elf der 23 Wiener Gemeindebezirke haben eine Bezirksvorsteherin. Neun Bezirke werden dagegen von reinen Männerteams geführt (Bezirksvorsteherung, Stellvertretung). Betrachtet man die Teams der Bezirksvorsteherungen (BezirksvorsteherIn und StellvertreterIn), so liegt der Frauenanteil insgesamt bei 34% und entspricht damit annähernd jenem im Gemeinderat (34%). Demgegenüber liegt der Frauenanteil unter BezirksrätInnen mit 42% etwas höher, schwankt jedoch auf Bezirksebene zwischen 29% (Simmering) und 48% (Ottakring, Mariahilf, Liesing).

1.1 Partizipation von Frauen im Gemeinderat/Landtag nach politischer Partei

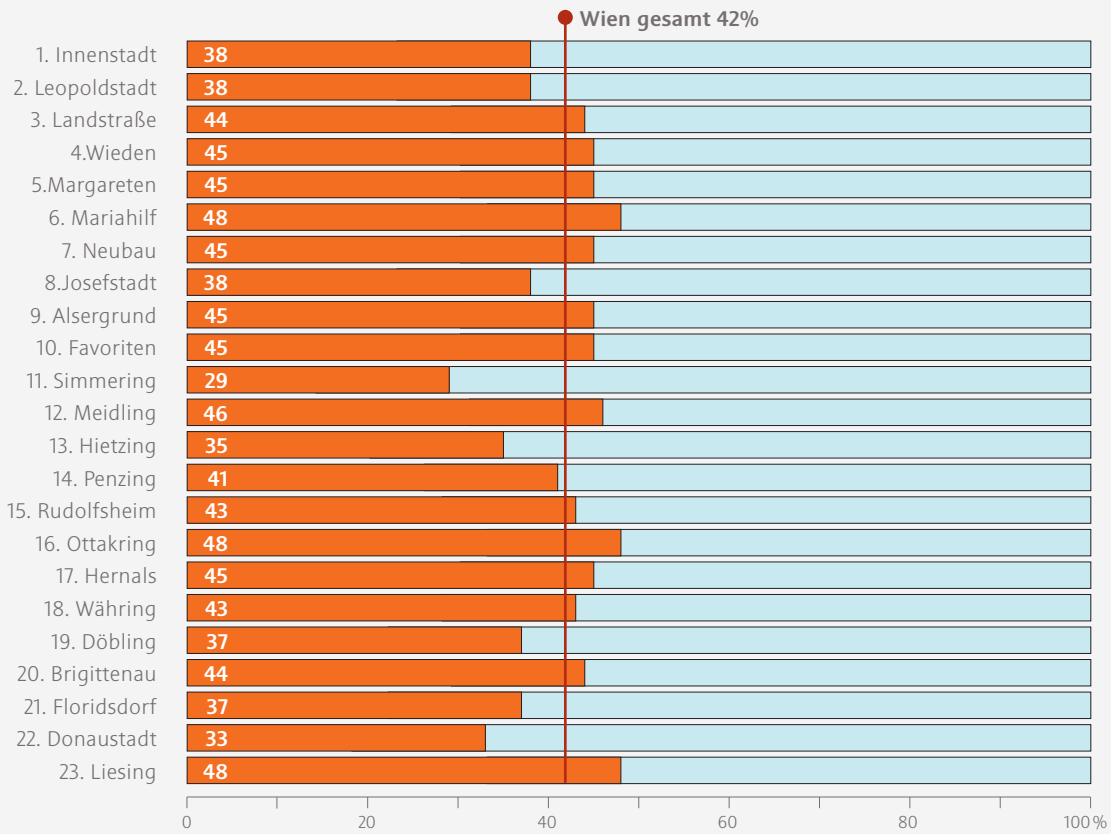


Definition: Frauenanteil an allen Mitgliedern des Gemeinderats/Landtages in Prozent (Stand August 2013).

Datenquelle: Verwaltungsdaten der MA 62.

Methodische Hinweise: Nicht gesondert ausgewiesen, aber in der Gesamtzahl enthalten, ist ein klubungebundener Gemeinderat.

1.2 Frauenanteil an BezirksrätInnen nach Bezirk



Definition: Frauenanteil an BezirksrätInnen in Prozent (Stand April 2013).

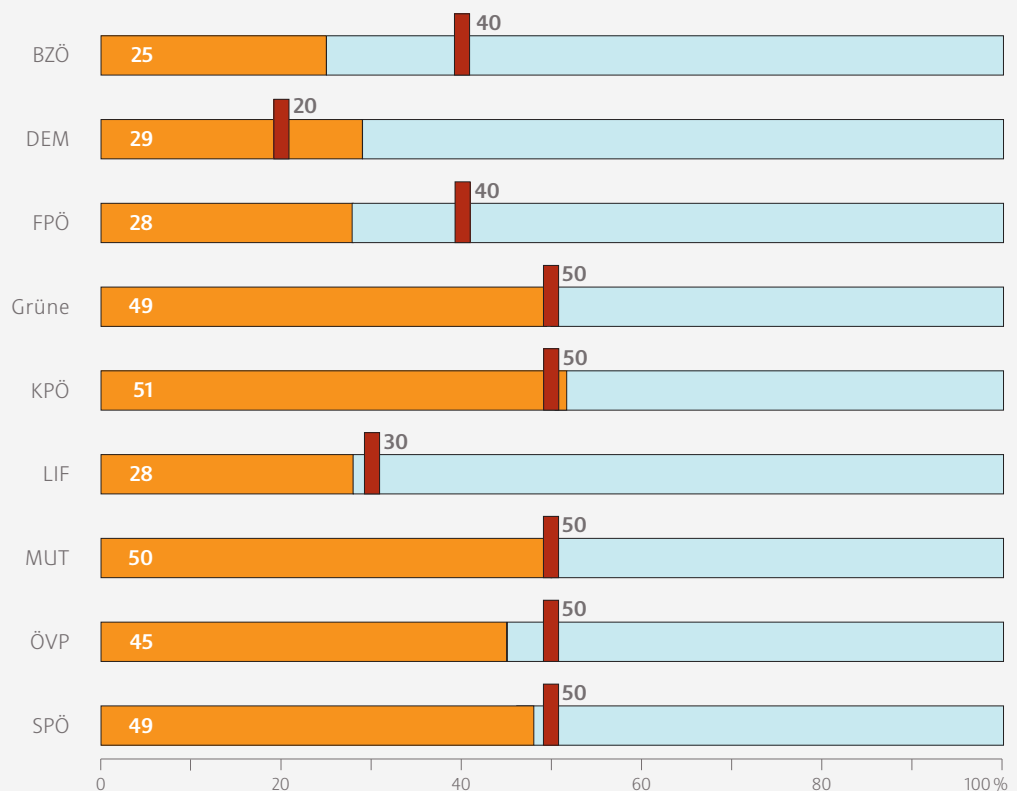
Datenquelle: Verwaltungsdaten der MA 62.

Wahlvorschläge politischer Parteien

Die Repräsentanz von Frauen im Gemeinderat hängt von der Zusammenstellung der Wahlvorschläge für die Wahlen ab. Die Wahlliste der Gemeinderatswahl 2010 zeigt die unterschiedliche Repräsentation von Frauen in den Parteien. Die Grünen, die SPÖ, die KPÖ und die Tierrechtspartei Mensch, Umwelt, Tierschutz (MUT) weisen ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis auf. Die ÖVP liegt mit einem Frauenanteil von 45% knapp dahinter. Die Wahllisten der anderen kandidierenden Parteien weisen einen Frauenanteil von unter 30% auf: Der Wahlvorschlag der Plattform Direkte Demokratie (DEM) enthält 29% Frauen, jener der FPÖ oder des Liberalen Forums (LIF) 28%. Am seltensten sind Frauen auf der Wahlliste des BZÖ (25%) zu finden. Wird nicht auf die gesamte Wahlliste abgestellt, sondern nur auf die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten (die ersten 10 Plätze), so steigt bei der FPÖ und dem BZÖ der Frauenanteil auf 40% an. Bei allen anderen Parteien zeigen sich keine wesentlichen Veränderungen, das heißt, Frauen sind hier gleichmäßig über die gesamten Listenplätze verteilt.

2.1 Frauenanteil in Wahlvorschlägen zur Gemeinderatswahl 2010

 Wahlliste gesamt
 Wahlliste Platz 1 - 10



Definition: Frauenanteil an den auf der jeweiligen Wahlliste angeführten Personen in Prozent.
Datenquelle: Verwaltungsdaten der MA 62.

Die Unterschiede in der Repräsentanz von Frauen in Wahlvorschlägen sind zumindest teilweise auf unterschiedliche Quotenregelungen bei der Erstellung von Wahllisten zurückzuführen. Die Grünen und die KPÖ streben eine 50% Vertretung von Frauen in Funktionen und Wahllisten an. Das Organisationsstatut der SPÖ beinhaltet in §16 eine Geschlechterquote von mindestens 40%, d.h., unter Funktionärinnen und Funktionären sowie in Wahlvorschlägen sollen nicht weniger als 40% Frauen und nicht weniger als 40% Männer vertreten sein. Die Wahlliste 2010 war nach dem statutarisch vorgesehenen Reißverschlussprinzip aufgebaut, d.h., die Plätze wurden abwechselnd an Frauen und Männer vergeben. Die ÖVP hat in ihrem Grundsatzprogramm von 1995 eine Mindestquote von einem Drittel verankert. In der Satzung der Grünen sind eine Frauenquote von 50% und ein Reißverschlussprinzip vorgesehen. Das BZÖ, die FPÖ und das Liberale Forum sehen in ihrer Satzung keine Quotenregelung vor.

Die Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Frauenanteil an den GemeinderätInnen je Partei und dem Frauenanteil in den jeweiligen Wahllisten liegt darin begründet, dass aufgrund der Direktmandate und der Nachrückungen häufiger Männer als Frauen zum Zug kommen.

Gremien der Gemeinde Wien

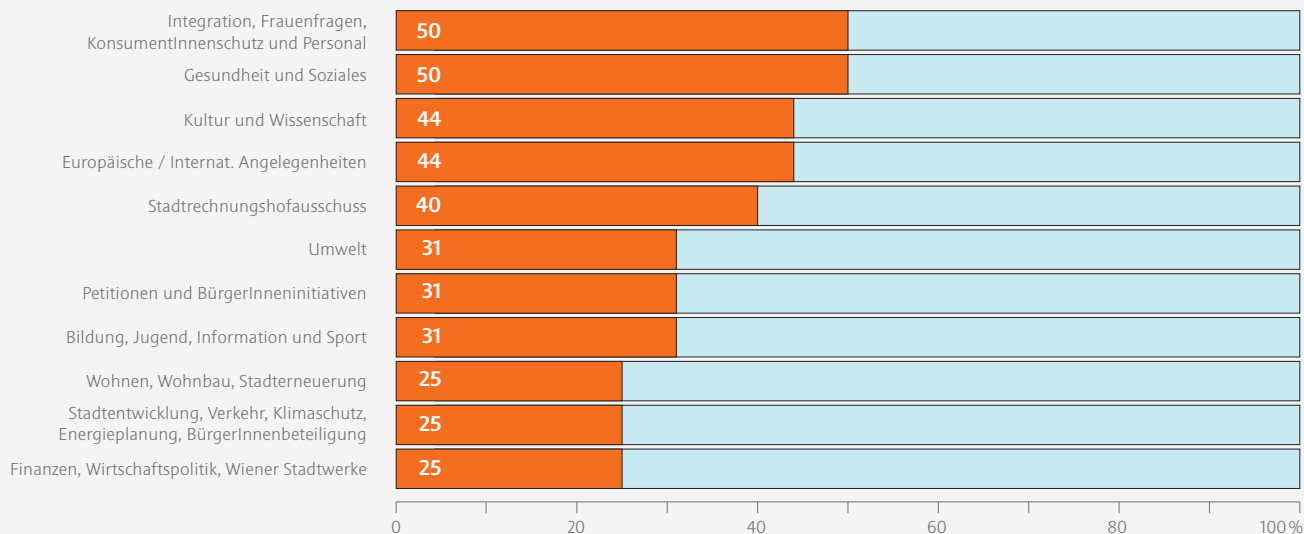
Indikator
3

Der Wiener Gemeinderat hat eine Reihe von Ausschüssen eingerichtet, wobei für jede Verwaltungsgruppe zumindest ein Ausschuss eingerichtet ist. Der Stadtrechnungshofausschuss ist mit der Behandlung der Berichte des Stadtrechnungshofes (ehemals Kontrollamt) befasst. Die Unternehmungen der Stadt Wien, wie z.B. Wiener Wohnen, unterstehen ebenfalls einem oder mehreren Gemeinderatsausschüssen. Jeder Ausschuss – ausgenommen der Stadtrechnungshofausschuss – besteht aus den zuständigen amtsführenden StadträtInnen und jeweils mindestens zehn Mitgliedern und Ersatzmitgliedern. Der Indikator 3 bildet die Partizipation von Frauen in Gremien der Gemeinde Wien ab.

Fünf von elf Gemeinderatsausschüssen weisen ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis ihrer Mitglieder auf, d.h., der Frauenanteil liegt bei rund 50%, zumindest aber bei 40%. Unterrepräsentiert sind Frauen in den Gemeinderatsausschüssen zu den Themen „Bildung, Jugend, Information und Sport“, „Petitionen und BürgerInneninitiativen“ und „Umwelt“ (jeweils 31%) sowie in den Ausschüssen für „Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke“, „Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung“ sowie „Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung“ (mit jeweils 25%).

In sonstigen Gremien der Gemeinde Wien, wie z.B. der Personalkommission, der Geriatriekommission, der Behindertenkommission oder den Gremien der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA), besteht ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis. Die einzige Ausnahme bildet hier das Schiedsgericht der Krankenfürsorgeanstalt mit einem Frauenanteil von 33%.

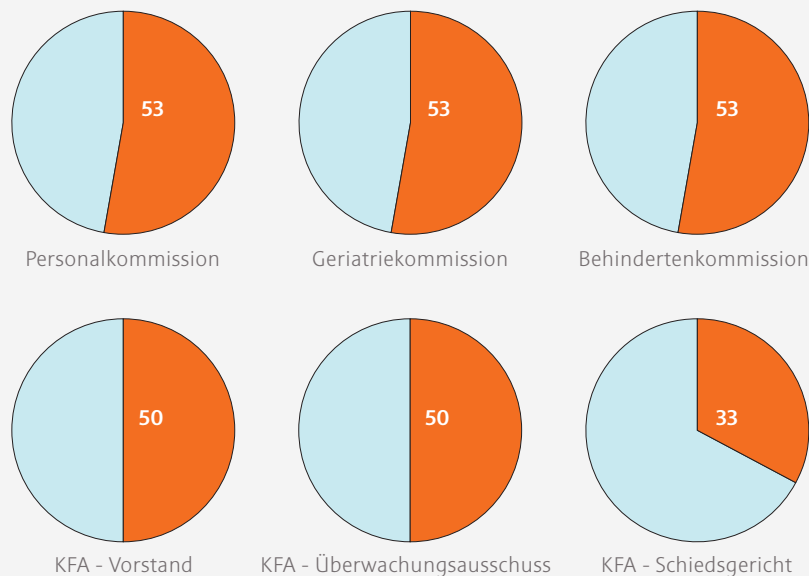
3.1 Partizipation von Frauen in Gemeinderatsausschüssen



Definition: Frauenanteil unter den Mitgliedern der Gemeinderatsausschüsse in Prozent (Stand August 2013).

Datenquelle: Verwaltungsdaten der MA 62.

3.2 Partizipation von Frauen in sonstigen Gremien



Definition: Frauenanteil an den Mitgliedern der Gremien in Prozent (Stand August 2013).

Datenquelle: Verwaltungsdaten der MA 62.

Methodische Hinweise: Die Personalkommission setzt sich aus 12 DienstgebervertreterInnen und aus elf DienstnehmervertreterInnen zusammen, wobei letztere keine gewählten Abgeordneten zum Gemeinderat sind.

Gesetzliche Interessensvertretungen

Der Indikator 4 bildet die Partizipation von Frauen in den gesetzlichen Interessensvertretungen ab. Die Spitzenpositionen sind hier nach wie vor überwiegend von Männern besetzt. Vier der elf gesetzlichen Interessensvertretungen in Wien werden von einer Frau geleitet (Wirtschaftskammer, Tierärztekammer, Kammer der Wirtschaftstrehänder, Apothekerkammer). In zwei weiteren Kammern ist mindestens eine Frau unter den VizepräsidentInnen (Kammer für Arbeiter und Angestellte, Ärztekammer). Ein insgesamt ausgewogenes Geschlechterverhältnis im Präsidium weist die Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, die Kammer der Wirtschaftstrehänder Wien, die Tierärztekammer Wien sowie die Rechtsanwalts- und die Apothekerkammer Wien auf. Demgegenüber sind die Präsidien der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten, die Notariatskammer, die Landwirtschaftskammer Wien und die Landes Zahnärztekammer Wien ausschließlich männlich besetzt. Frauen sind hier mittlerweile zwar in den Vorständen vertreten, sie sind jedoch mit Ausnahme der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten gegenüber ihrem Anteil unter den Mitgliedern deutlich unterrepräsentiert.

4.1 Partizipation von Frauen in gesetzlichen Interessensvertretungen

| | Frauenanteil | | |
|---|--------------|----------|------------|
| | Präsidium | Vorstand | Mitglieder |
| Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien | 50,0% | 47,4% | *** 50,0% |
| Apothekerkammer Wien | 50,0% | 45,5% | 81,0% |
| Kammer der Wirtschaftstrehänder Wien | 50,0% | n.v. | 39,7% |
| Rechtsanwaltskammer Wien | 50,0% | 13,8% | 30,1% |
| Tierärztekammer Wien | 50,0% | 75,0% | 64,9% |
| Ärztekammer Wien | 25,0% | 32,3% | 50,4% |
| Wirtschaftskammer Wien | 25,0% | ** 17,5% | *** 37,6% |
| Notariatskammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland | 0,0% | --- | * 16,9% |
| Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland | 0,0% | 21,4% | * 14,9% |
| Landwirtschaftskammer Wien | 0,0% | 15,4% | 34,7% |
| Landes Zahnärztekammer Wien | 0,0% | 15,4% | 48,5% |

Definition: Frauenanteil im Präsidium bzw. Vorstand und unter den Mitgliedern der jeweiligen Kammern in Prozent (2013).

Datenquelle: Präsidium/Vorstand – IHS Internetrecherche: Websites der jeweiligen Kammern (August 2013); Mitgliederzahlen der jeweiligen Kammern (jeweils Stichtage im Herbst/Winter 2013), ***Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft.

Methodische Hinweise: n.v. = Daten (noch) nicht verfügbar, --- = existiert nicht, * = Mitgliederzahlen nur für Wien ** = SpartenvertreterInnen zum Wirtschaftsparlament *** = Frauenanteil unter unselbständigen Beschäftigten in Wien 2012 (Kammer für Arbeiter und Angestellte) bzw. unselbständig Beschäftigten (Wirtschaftskammer).

Derzeit sind Frauen nur in der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien sowie in der Tierärztekammer Wien im Vorstand und Präsidium entsprechend ihrem Anteil an den Mitgliedern vertreten. Am deutlichsten unterrepräsentiert sind Frauen im Präsidium bzw. im Vorstand der Landeszahnärztekammer Wien, der Landwirtschaftskammer Wien und der Ärztekammer Wien.

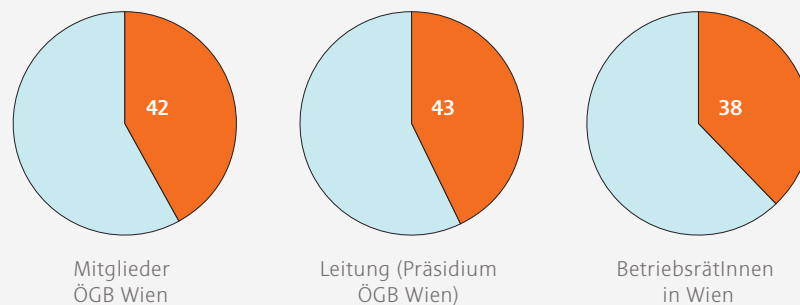
Indikator

5

ArbeitnehmerInnenvertretung

Der Indikator 5 bildet den Frauenanteil unter Mitgliedern bzw. Funktionärinnen und Funktionären der betrieblichen und überbetrieblichen Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen ab. Im Gegensatz zur gesetzlichen Interessensvertretung, die der Indikator 4 abbildet, handelt es sich hier um eine auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhende Interessensvertretung.

5.1 Partizipation von Frauen in überbetrieblicher und betrieblicher ArbeitnehmerInnenvertretung



Definition: Frauenanteil an den Mitgliedern des ÖGB Wien (Summe der Mitglieder der Fachgewerkschaften), im Präsidium des ÖGB Wien und an den BetriebsrätInnen in Wien in Prozent.

Datenquelle: ÖGB (Mitglieder, Betriebsräte)

Methodische Hinweise: Die Mitgliederzahlen des ÖGB beziehen sich auf das Jahr 2012 (Stichtag 31.12.2012), die Angaben zum Präsidium des ÖGB und zu den BetriebsrätInnen auf Dezember 2013.

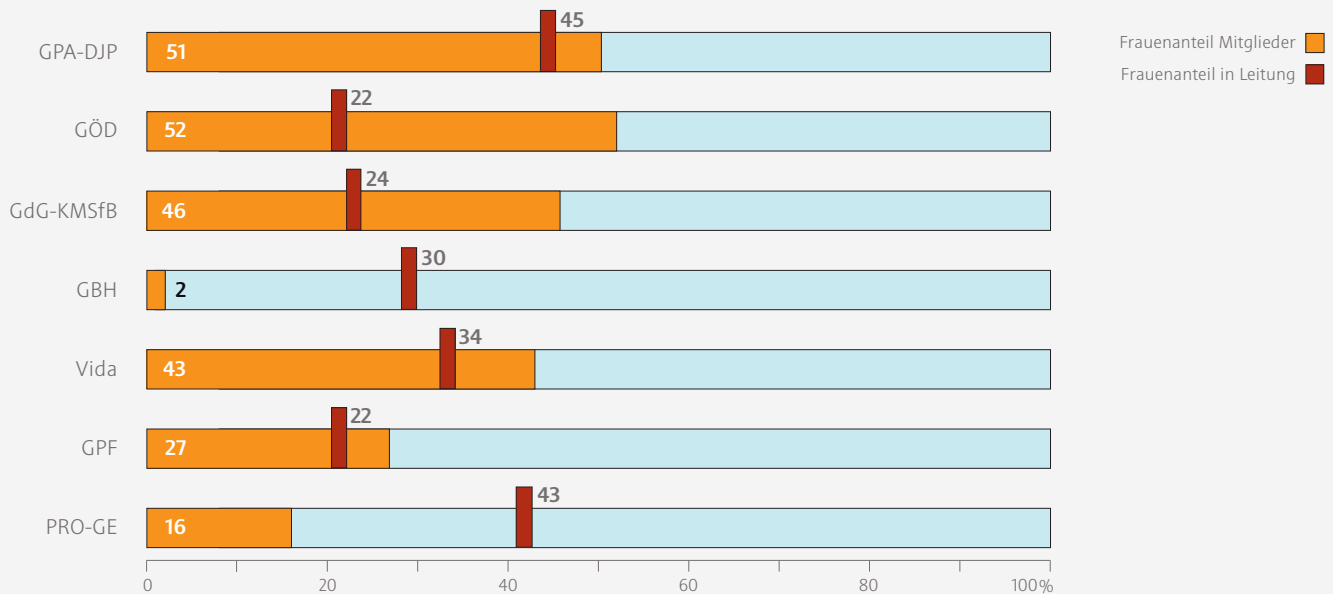
Von den Wiener Mitgliedern des ÖGB, des Dachverbands der österreichischen Fachgewerkschaften, sind 42% weiblich. D.h., Frauen sind gegenüber ihrem Anteil an den unselbständig Erwerbstätigen in Wien (49,4%) unter den Gewerkschaftsmitgliedern unterrepräsentiert. Der Frauenanteil im Präsidium des ÖGB Wien liegt bei 43% und entspricht damit dem Frauenanteil unter den Mitgliedern. Dies entspricht den Statuten des ÖGB, die vorsehen, dass der Frauenanteil in den Organen des ÖGB dem Frauenanteil unter den Mitgliedern entspricht (§7 Statuten des ÖGB). Der Frauenanteil unter der in Betrieben gewählten Belegschaftsvertretung (BetriebsrätInnen) ist mit 38% dagegen etwas niedriger.



siehe Bezahlte und unbezahlte Arbeit
Indikator 11 Atypische Beschäftigung

Zwischen den einzelnen Fachgewerkschaften zeigen sich deutliche Unterschiede im Frauenanteil unter Mitgliedern wie auch im Frauenanteil unter Leitungspersonen. So liegt der Frauenanteil unter den Mitgliedern zwischen 2% (Gewerkschaft Bau-Holz GBH) und 52% (Gewerkschaft öffentlicher Dienst GÖD). Die oberste Spitze aller Fachgewerkschaften ist durch einen Mann besetzt. Der Frauenanteil in den Leitungsgremien liegt zwischen 22% (Gewerkschaft öffentlicher Dienst und Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten GPF) und 45% (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier GPA-djp). Bei den Fachgewerkschaften weicht der Frauenanteil unter Leitungspersonen zum Teil gravierend vom Frauenanteil unter den Mitgliedern ab. Ein ausgewogenes Verhältnis, wie dies beim ÖGB Wien anzutreffen ist, findet sich nur noch bei der GPA-djp. Mit Ausnahme der Gewerkschaft Bau-Holz und der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) sind in allen Fachgewerkschaften Frauen im Leitungsgremium gegenüber dem Frauenanteil an Mitgliedern unterrepräsentiert.

5.2 Partizipation von Frauen in den Fachgewerkschaften



Definition: Frauenanteil unter Wiener Mitgliedern der Fachgewerkschaften; Frauenanteil im Wiener Landesvorstand bzw. Landespräsidium der jeweiligen Fachgewerkschaft in Prozent.

Datenquelle: ÖGB (Mitgliederzahlen der Fachgewerkschaften mit Stichtag 31.12.2012), IHS-Internetrecherche: Websites der Fachgewerkschaften (Dezember 2013).

Methodische Hinweise: Bei GÖD und GPF beziehen sich die Angaben zu Leitungspersonen auf die Bundesebene.

Indikator

6

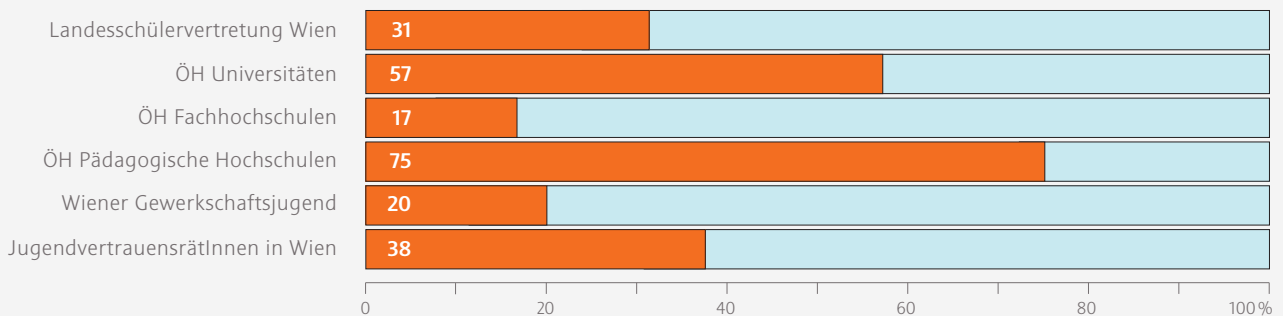
Schulische und berufliche Jugendvertretung

Der Indikator 6 bildet die Partizipation von Frauen in den gewählten Gremien der schulischen und beruflichen Jugendvertretungen ab, wobei konkret die Landesschülervertretung Wien, die Gewerkschaftsjugend für Wien und die Jugendvertrauensräte in Wien sowie die Vertretung der Studierenden an Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen in Wien einbezogen werden.

Im Team der Wiener Landesschülervertretung, der gesetzlichen Vertretung aller Wiener Schülerinnen, sind Schülerinnen mit rund einem Drittel vertreten, wobei zwei von acht VertreterInnen der AHS-SchülerInnen weiblich sind (Frauenanteil 25%) und jeweils drei von acht VertreterInnen der BerufsschülerInnen und der SchülerInnen berufsbildender mittlerer und höherer Schulen (Frauenanteil 38%). Damit sind Mädchen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen (AHS, BHS, BMS) gemäß ihrem Anteil an der durch die jeweiligen Gremien vertretenen Population unterrepräsentiert.

▲
siehe Aus- und Weiterbildung
Indikator 2 Schulische Bildung

6.1 Partizipation von Mädchen und Frauen in der schulischen und beruflichen Jugendvertretung



Definition: Frauenanteil an den Funktionärinnen und Funktionären der jeweiligen Interessensvertretung im Schuljahr 2013/14 bzw. im Wintersemester 2013/14 in Prozent.

Datenquelle: ÖGB (JugendvertrauensrätInnen), IHS-Internet Recherche: Websites der Landesschülervertretung Wien, der Wiener Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen sowie der Gewerkschaftsjugend Landesgruppe Wien.

Das Vorsitz-Team der Wiener Gewerkschaftsjugend setzt sich aus einem Vorsitzenden, drei Funktionären und einer Funktionärin zusammen (Frauenanteil im Team: 20%). Unter den JugendvertrauensrätInnen in Wien, der Vertretung von jugendlichen ArbeitnehmerInnen bis 18 Jahren und Lehrlingen bis 21 Jahren in Wiener Betrieben, liegt der Frauenanteil bei 38%. D.h., auch hier sind Frauen unterrepräsentiert, aber in deutlich geringerem Ausmaß, da der Frauenanteil unter JugendvertrauensrätInnen mit 38% kaum unter dem Frauenanteil unter BerufsschülerInnen (40%) bzw. Lehrlingen (39%) liegt.

Bei der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) zeigt sich ein ambivalentes Bild. An den Wiener Universitäten liegt der Frauenanteil unter den ÖH-VertreterInnen bei 57% und damit über dem Frauenanteil an Studierenden der Wiener Universitäten (54%). Anders stellt sich die Situation an Fachhochschulen dar: Hier stellen Frauen zwar 42% der Studierenden aber nur 17% der ÖH-VertreterInnen. Die Pädagogischen Hochschulen in Wien sind dagegen sowohl aufseiten der Studierenden wie auch aufseiten der ÖH-VertreterInnen frauendominiert (78% bzw. 75%).

Indikator

7

Politisches Engagement

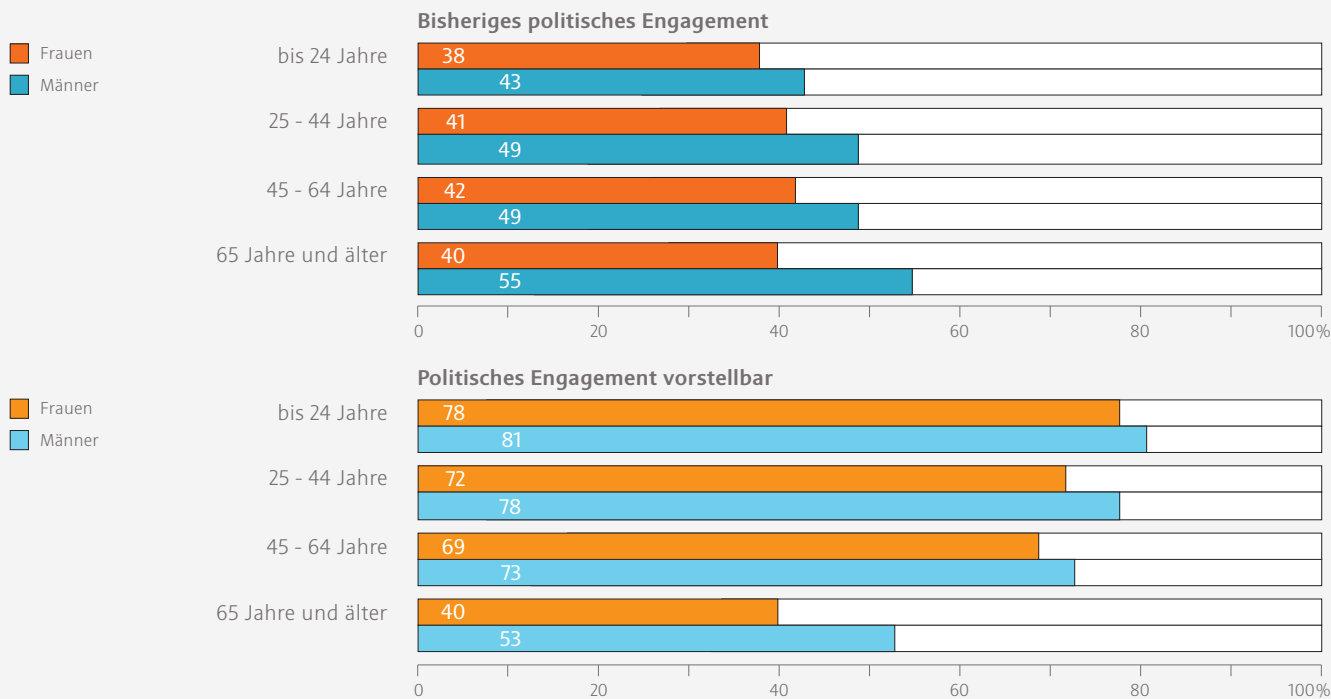
Der Indikator 7 Politisches Engagement bildet den Anteil der Personen ab, die in unterschiedlichen Formen politisch aktiv sind bzw. waren oder sich dies für die Zukunft vorstellen können. Dafür wird auf die Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung (SOWI II) zurückgegriffen. Insgesamt waren 41% der Frauen und 49% der Männer bereits einmal in einer von vier abgefragten Formen politisch aktiv (Mitarbeit in einer politischen Partei, in gemeinnützigen Vereinen, an Projekten der Stadt Wien zur ↗ BürgerInnenbeteiligung oder einer ↗ BürgerInneninitiative). Männer sind nicht nur in höherem Maß bereits politisch aktiv gewesen, sie können sich auch deutlich öfter vorstellen, dies in Zukunft zu tun. 73% der Männer und 65% der Frauen können sich dies vorstellen.

Das politische Engagement von Frauen stellt sich über die Altersgruppen hinweg sehr ähnlich dar und schwankt zwischen 38% und 42%. Bei Männern steigt dagegen das politische Engagement mit dem Alter an, da 43% der bis 24-Jährigen aber 55% der über 65-Jährigen politisch aktiv sind bzw. waren. Die Vorstellung, politisch aktiv zu werden, geht mit dem Alter etwas zurück, bei Frauen deutlicher als bei Männern.

Österreichische StaatsbürgerInnen waren in höherem Maß bereits politisch aktiv als Personen mit anderer StaatsbürgerInnenschaft (50% der Österreicher und 42% der Österreicherinnen versus 41% der Männer mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft und 26% der Frauen mit nicht-österreichischer StaatsbürgerInnenschaft). Der Geschlechterunterschied in Hinblick auf das vorstellbare politische Engagement ist bei ÖsterreicherInnen und Nicht-ÖsterreicherInnen gleich.

Männer sind in allen vier Formen des politischen Engagements in höherem Maß aktiv als Frauen, wobei sich die stärksten Unterschiede in der Mitarbeit in politischen Parteien zeigen (17% der Männer und 8% der Frauen waren/sind in einer politischen Partei aktiv). Auch in der Bereitschaft, politisch aktiv zu werden, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei der Mitarbeit in einer BürgerInneninitiative (51% versus 41%) und in der Mitarbeit in einer politischen Partei (30% versus 19%).

7.1 Bisheriges und vorstellbares politisches Engagement nach Geschlecht und Alter



Definition: Anteil der Personen, die bereits politisch aktiv waren bzw. sich vorstellen können, in Zukunft politisch aktiv zu sein in Prozent.

Datenquelle: Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung (SOWI II), MA 18, Berechnungen: IHS.

Methodische Hinweise: Bisheriges politisches Engagement liegt vor, wenn zumindest eine der vier abgefragten Formen politischen Engagements (Mitarbeit in einer politischen Partei, in gemeinnützigen Vereinen, an Projekten der Stadt Wien zur BürgerInnenbeteiligung oder einer BürgerInneninitiative) genannt wurde. Vorstellbares politisches Engagement liegt vor, wenn für zumindest eine der vier abgefragten Formen politischen Engagements die Bereitschaft angegeben wurde, dies in Zukunft zu tun.

7.2 Formen des bisherigen und vorstellbaren politischen Engagements nach Geschlecht

| | Erfahrung mit politischem Engagement | | Vorstellbares politisches Engagement | |
|---|--------------------------------------|--------|--------------------------------------|--------|
| | Frauen | Männer | Frauen | Männer |
| Mitarbeit ... | | | | |
| ... in einer politischen Partei | 8,0% | 16,9% | 18,8% | 29,7% |
| ... in gemeinnützigen Vereinen (NGO) | 30,3% | 35,7% | 54,2% | 58,4% |
| ... an einem Angebot der Stadt Wien zur Beteiligung | 8,4% | 9,3% | 31,8% | 37,5% |
| ... in einer BürgerInneninitiative | 8,4% | 10,9% | 41,0% | 51,3% |

Definition: Anteil von Frauen und Männern in Prozent, die in der Vergangenheit bereits in den angeführten Formen politisch aktiv waren bzw. sich dies für die Zukunft vorstellen können.

Datenquelle: Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung (SOWI II), MA 18, Berechnungen: IHS.

Methodische Hinweise: Mehrfachnennungen möglich.

Das Wichtigste in Kürze

Frauen sind mit 34% im Gemeinderat vertreten, gemessen an ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung sind sie dort nach wie vor unterrepräsentiert. Unter den von der SPÖ und der ÖVP entsendeten GemeinderätInnen sind 43% bzw. 42% Frauen, unter jenen der Grünen 36% und unter jenen der FPÖ 15%.

Die Partizipation von Frauen im Gemeinderat ist niedriger als der Anteil von Frauen unter den Kandidatinnen und Kandidaten. Bei allen im Gemeinderat vertretenen Parteien ist der Frauenanteil an den auf der Wahlliste stehenden Personen höher als unter den in den Gemeinderat entsendeten Personen.

Fünf der elf Gemeinderatsausschüsse und fast alle sonstigen Gremien der Gemeinde Wien (wie z.B. Personalkommission) weisen ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis auf (d.h., mindestens einen Frauenanteil von 40%). In drei Gemeinderatsausschüssen (Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung; Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung; Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke) liegt der Frauenanteil bei 25%.

Frauen sind aber nicht nur in politischen Entscheidungsfunktionen (Gemeinderat), sondern auch in den Führungsgremien einiger gesetzlicher Interessensvertretungen im Vergleich zu ihrem Anteil unter Mitgliedern unterrepräsentiert. Besonders deutlich ausgeprägt ist die Unterrepräsentanz bei der Ärztekammer Wien und der Landes Zahnärztekammer Wien, wo Frauen die Hälfte der Mitglieder stellen, aber nur 25% des Präsidiums (Ärztekammer), oder gar nicht im Präsidium vertreten sind (Landes Zahnärztekammer).

Ähnliches gilt auch für die betriebliche und überbetriebliche Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen. Auf Ebene des Dachverbandes der Gewerkschaften entspricht der Frauenanteil unter Funktionärinnen und Funktionären jenem unter Mitgliedern, wobei hier der geringere Organisationsgrad von Frauen zu berücksichtigen ist (vgl. Blaschke 2011). In den Fachgewerkschaften zeigen sich zum Teil deutliche Abweichungen zwischen dem Frauenanteil unter Mitgliedern und jenem zwischen Funktionärinnen und Funktionären. So sind z.B. 52% der Mitglieder der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst weiblich, aber nur 22% der Funktionärinnen und Funktionäre.

Auch in der schulischen bzw. beruflichen Jugendvertretung sind Mädchen und Frauen gegenüber ihrem Anteil an der jeweils vertretenen Gruppe unterrepräsentiert. Dies gilt auch für die Studierendenvertretung im Fachhochschulsektor, nicht jedoch für die Studierendenvertretungen an Universitäten. Die Partizipation von Mädchen und Frauen in Gremien der schulischen Jugendvertretung, der Österreichischen Gewerkschaftsjugend und der Österreichischen HochschülerInnenschaft liefert also nur bedingt Anzeichen dafür, dass sich mittel- und langfristig etwas an der Partizipation von Frauen in politischen Funktionen ändern wird, wenn man bedenkt, dass diese Gremien nach wie vor zentral für den Einstieg in eine politische Karriere sind.

Männer sind nicht nur stärker in politischen Funktionen vertreten, sie weisen insgesamt auch ein höheres Maß an politischem Engagement auf: 49% der Männer und 41% der Frauen waren bereits politisch aktiv, wobei doppelt so viele Männer als Frauen in einer politischen Partei aktiv waren. Auffällig ist, dass es unter jungen Frauen und Männern kaum Unterschiede in Hinblick auf das tatsächliche wie auch vorstellbare politische Engagement gibt. Dieses Engagement nimmt erst mit dem Alter zu, wodurch sich der Gender Gap zwischen vorstellbarem und tatsächlichem politischem Engagement zuungunsten weiblicher Partizipation entwickelt.